Start of Ludwig Roth Collection

AR 11632

Sys #: 000347590

LEO BAECK INSTITUTE
Center for Jewish History
15 West 16th Street
New York, NY 10011

Phone: (212) 744-6400
Fax: (212) 988-1305
Email: lbaeck@lbi.cjh.org
URL: http://www.lbi.org

Erklaerung des Bundeskanzlers Dr.Konrad Adenauer am 27.September,1951 vor dem ersten deutschen Bundestag, der sich nach dieser Erklaerung zu Ehren der juedischen Opfer des Nazi-Regimes erhob:

"In letzter Zeit hat sich die Weltoeffentlichkeit verschiedentlich mit der Haltung der Bundesrepublik gegenueber den Juden befasst. Hier und da sind Zweifel laut geworden, ob das neue Staatswesen in dieser bedeutsamen Frage von Prinzipien geleitet werde, die den furchtbaren Verbrechen einer vergangenen Epoche Rechnung tragen und das Verhaeltnis der Juden zum deutschen Volk auf eine neue und gesunde Grundlage stellen.

Die Einstellung der Bundesrepublik zu ihren juedischen Staatsbuergern ist durch das Grundgesetz eindeutig festgelegt. Artikel 3 des Grundgesetzes bestimmt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religioesen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Ferner bestimmt Artikel 1 des Grundgesetzes:

"Die Wuerde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schuetzen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveraeusserlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."

Diese Rechtsnormen sind unmittelbar geltendes Recht und verpflichten jeden deutschen Staatsbuerger - und insbesondere jeden Staatsbeamten - jede Form rassischer Diskriminierung von sich zu weisen. In demselben Geiste hat die Bundesregierung

auch die von dem Europarat entworfene Menschenrechtskonvention unterzeichnet und sich zur Verwirklichung der darin festgelegten Rechtsgedanken verpflichtet.

Diese Normen koennen aber nur wirksam werden, wenn die Gesinnung, aus der sie geboren wurden, zum Gemeingut des gesamten Volkes wird. Hier handelt es sich somit in erster Linie um ein Problem der Erziehung. Die Bundesregierung haelt es fuer dringend erforderlich, dass die Kirche und die Erziehungsverwaltungen der Laender in ihrem Bereich alles daransetzen, damit der Geist menschlicher und religioeser Toleranz im ganzen deutschen Volk, besonders aber unter der deutschen Jugend, nicht nur formale Anerkennung findet, sondern in der seelischen Haltung und praktischen Tat Wirklichkeit wird. Hier liegt eine wesenhafte Aufgabe der zur Erziehung berufenen Instanzen vor, die aber freilich der Ergaenzung durch das Beispiel der Erwachsenen bedarf.

Damit diese erzieherische Arbeit nicht gestoert und der innere Friede in der Bundesrepublik gewahrt werde, hat die Bundesregierung sich entschlossen, die Kreise, die noch immer antisemitische Hetze treiben, durch unnachsichtige Strafverfolgung zu bekaempfen. Dem Bundesrat liegen Vorschlaege zu einer Ergaenzung des Strafgesetzbuches vor, auf Grund deren u.a. auch rassenhetzerische Propaganda mit schwerer Strafe belegt wird. Die Bundesregierung wird diese Bestimmungen, sobald sie in Kraft getreten sind, mit aller Entschlossenheit anwenden.

Die Bundesregierung und mit ihr die grosse Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen Leides bewusst,

das in der Zeit des Nationalsozialismus ueber die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner ueberwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volke viele gegeben, die mit eigener Gefaehrdung aus religioesen Gruenden, aus Gewissensnot, aus Scham ueber die Schaendung des deutschen Namens ihren juedischen Mitbuergern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schaeden, die Juden erlitten haben, als auch des juedischen Eigentums, fuer das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind. Auf diesem Gebiet sind erste Schritte getan, sehr vieles bleibt aber noch zu tun. Die Bundesregierung wird fuer den baldigen Abschluss der Wiedergutmachungsgesetzgebung und ihre gerechte Durchfuehrung Sorge tragen. Ein Teil des identifizierbaren juedischen Eigentums ist zurueckerstattet. Weitere Rueckerstattungen werden folgen.....

Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose juedische Fluechtlinge aufgenommen hat, eine Loesung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizufuehren, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leidens zu erleichtern. Sie ist tief davon durchdrungen, dass der Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar werden muss. Diesem Geist mit aller Kraft zu dienen, betrachtet die Bundesregierung als die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes."

Ludwig Erhard zur Wiedergutmachung

Der neue deutsche Bundeskanzler, Ludwig Erhard, erklaerte am Ende seiner Rede am 18. Oktober in der 90. Sitzung des Bundestages:

"Wir haben die Schuld, die waehrend jener tragischen 12 Jahre der Gewaltherrschaft im Namen Deutschlands allen Deutschen aufgebuerdet wurde, schonungslos offenbart. Wir werden diese Schuld vollends abtragen, soweit Menschen dazu in der Lage sind. Darum betrachten wir die Wiedergutmachung als eine bindende Verpflichtung.

Wir wissen es zu wuerdigen, wenn Menschen aus ihrem eigenen Erleben heraus noch nicht bereit sind, sich mit dem neuen Deutschland zu versoehnen. Aber wir haben keinen Sinn fuer jene Bestrebungen, die aus vergangener Barbarei fuer alle Zeit eine deutsche Erbsuende herleiten und als politisches Mittel konservieren moechten.

Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament fuer eine gluecklichе Zukunft zu bauen"

DAIS

PROTEST MEETING

Sunday, March 22, 1964 — 3 p.m. at Hotel Americana

52nd STREET and SEVENTH AVENUE Georgian Ball Room, 3rd Floor

German Restitution Crisis

Participants:

DR. CURT SILBERMAN, *Chairman* **FREDERIK GOROG** **KURT R. GROSSMANN**

DR. OSCAR KAHN **CAROLA NEY** **LUDWIG ROTH** **M. SOCHACHEWSKY**

Invitees:

World Federation of Hungarian Jews / American Federation of Jews from Central Europe / Ass'n. of Yugoslav Jews / Jewish Nazi Victims Organization of America / Ass'n. of Jews from Czechoslovakia / Club of Polish Jews / United Roumanian Jews / Widows Group / American Association of Former European Jurists

ADMISSION FREE

Language — as per convenience

End of Ludwig Roth Collection